

Bebauungsplan nach § 13b BauGB

"Karmelenberger Weg II"



der Ortsgemeinde Bassenheim

Allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls

gem. § 3 Abs. 1 Satz 1 LUVPG und Anlagen 1 und 2 zum UVPG

Verbandsgemeinde: Weißenthurm
Ortsgemeinde: Bassenheim
Gemarkung: Bassenheim
Flur: 13

Stand: Oktober 2019

FASSBENDER WEBER INGENIEURE PartGmbH

Dipl.-Ing. (FH) M. Faßbender

Dipl.-Ing. A. Weber

Brohthalstraße 10
56656 Brohl-Lützing

Tel.: 02633/4562-0
Fax: 02633/4562-77

E-Mail: info@fassbender-weber-ingenieure.de
Internet: www.fassbender-weber-ingenieure.de



Ortsgemeinde: Bassenheim**Gemarkung: Bassenheim****Flur:****13**

Allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls nach § 3 Abs. 1 Satz 1 und Anlagen 1 und 2 LUVPG

Die Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13b BauGB ist laut Abs. 1 Satz 4 des § 13a BauGB ausgeschlossen, wenn durch den Bebauungsplan die Zulässigkeit von Vorhaben begründet wird, die einer Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung nach Bundes- oder Landesrecht unterliegen.

Laut Nr. 3.5 der Anlage 1 zum LUVPG ist für den Bau einer öffentlichen Straße nach § 3 LStrG eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls erforderlich, um festzustellen, ob eine Pflicht zur Umweltprüfung besteht. Nur wenn die allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls auf Grund einer überschlägigen Prüfung, unter Berücksichtigung der in Anlage 2 zum LUVPG genannten Kriterien, die Einschätzung erlangt, dass der Bau der öffentlichen Straßen voraussichtlich keine erheblichen Umweltauswirkungen hat, die nach § 2 Abs. 4 Satz 4 BauGB in der Abwägung zu berücksichtigen wären (Vorprüfung des Einzelfalls), ist die Anwendung des § 13a und somit des § 13b BauGB möglich.

Mit der vorliegenden Planung wird ein Bebauungsplan aufgestellt, der Erschließungsstraßen als öffentliche Straßen im Sinne des § 3 LStrG festsetzt. Die allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls anhand Anlage 2 zum LUVPG soll klären, ob nach überschlägiger Prüfung der Bebauungsplan erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann bzw. zu erwarten sind.

Im Folgenden werden die Grundlagen tabellarisch zusammengestellt und planerisch gewertet, die für eine Einschätzung nach dem Kriterienkatalog der Anlage 2 erforderlich sind.

Sie folgt in Systematik und Nummerierung der in der Anlage 2 des LUVPG vorgegebenen Gliederung.

1. Merkmale des Vorhabens, insbesondere in Bezug auf		
Kriterium gemäß Anlage 2	Beschreibung / Auswirkung	Bewertung
1.1 Größe des Vorhabens	<p>Die Aufstellung des Bebauungsplans schafft die Voraussetzung zum Bau einer öffentlichen Straße innerhalb seines Geltungsbereiches.</p> <p>Es wird zwischen dem Karmelenbergerweg und der Mayener Straße eine Erschließungsstraßen festgesetzt.</p> <p>Die Straße ist mit folgender Größe geplant: Festlegungen zur Größe:</p> <p>- Erschließungsstraßen: 2.406 m²</p>	
1.2 Nutzung und Gestaltung von Wasser, Boden, Natur und Landschaft	Das Vorhaben umfasst den Bau einer Erschließungsstraßen, hierfür wird ca. 2.400 m ² Fläche in Anspruch genommen und es erfolgt eine vollständige Bodenversiegelung.	mittel
1.3 Abfallerzeugung	Sofern im Zuge des Baus der Straßen Abfälle erzeugt werden, werden diese ordnungsgemäß als Baustellenabfälle entsorgt. Der Betrieb der Straße erzeugt keine Abfälle.	neutral
1.4 Umweltverschmutzung und Belästigung	Es ist damit zu rechnen, dass der Bau der Erschließungsstraßen in ca. vier Monaten abgewickelt ist. Belästigungen werden daher auf einen engen Zeitraum begrenzt sein. Umweltverschmutzungen sind nicht erkennbar. Die einschlägigen Verordnungen für den Baubetrieb sind einzuhalten.	gering
1.5 Unfallrisiko, insbesondere mit Blick auf verwendete Stoffe und Technologien	Aufgrund des hohen Maßes an Routine bei Vorhaben des Straßenbaus ist das Unfallrisiko sehr gering.	sehr gering

2. Standort der Vorhaben		
Die ökologische Empfindlichkeit eines Gebiets, das durch ein Vorhaben möglicherweise beeinträchtigt wird, ist insbesondere hinsichtlich folgender Nutzungs- und Schutzkriterien unter Berücksichtigung der Kumulierung mit anderen Vorhaben in ihrem gemeinsamen Einwirkungsbereich zu beurteilen:		
Kriterium gemäß Anlage 2	Beschreibung / Auswirkung	Bewertung
2.1 bestehende Nutzung des Gebietes, insbesondere als Fläche für Siedlung und Erholung, für land-, forst- und fischereiwirtschaftliche Nutzungen, für sonstige wirtschaftliche und öffentliche Nutzungen, Verkehr, Ver- und Entsorgung (Nutzungskriterien),	<p>Das Plangebiet ist unbebaut, die Flächen sind wie folgt genutzt:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Feldgehölz aus einheimischen Baumarten - Baumreihe - Obstbaumreihe mit jungem Baumholz - Fettweide - Frische bis mäßig trockene Mähweide - Acker - Rain, Straßenrand - Kleinstrukturen <p>Die Fläche ist durch Wege erschlossen und daher für die Erholung von Bedeutung. Der befestigte Wirtschaftsweg wird gerne als „Hundeweg“ genutzt. Der Siedlungsrand wird sich nach außen verschieben. Die geplante Randeingrünung wirkt der Verschlechterung des Landschaftsbildes entgegen. Forstwirtschaftlich hat die Fläche keine Bedeutung. Durch die kleinstrukturierte Nutzung ist die Fläche für die Erwerbslandwirtschaft eher von geringerer Bedeutung. Die in der Nachbarschaft zum Plangebiet liegende Schützenhalle kann auch weiterhin genutzt werden. Abstände aufgrund des Schallschutzes werden eingehalten.</p>	gering
2.2 Reichtum, Qualität und Regenerationsfähigkeit von Wasser, Boden, Natur und Landschaft des Gebietes (Qualitätskriterien),	<p><u>Wasser:</u> Das Niederschlagswasser versickert derzeit vor Ort bzw. läuft der Topografie folgend breitflächig ab. Durch den Bau der öffentlichen Straße erfolgt eine Versiegelung von ca. 2.400 m², so dass das darauf abfließende Oberflächenwasser zunächst der öffentlichen Kanalisation im Trennsystem zugeführt wird. Die Straße entwässert in eine Rückhalte- und Versickerungsmulde am südlichen Rand des Plangebietes.</p> <p><u>Boden:</u> Ein Verlust an natürlichen Bodenfunktionen in einer Größenordnung von ca. 2.400 m² ist unvermeidbar.</p> <p><u>Natur:</u> Von dem Wohngebiet sind vielfältige Strukturen (siehe 2.1) betroffen. Die Acker- und Weideflächen nehmen den überwiegenden Teil des gesamten Plangebietes ein. Die Biotopstrukturen der jungen Obstbäume und Gehölze, die nicht erhalten werden können, finden sich in der näheren Umgebung sehr häufig. Freibrütende Arten der Avifauna sind im Bereich der Ackerflächen aufgrund der Kulissenwirkung der Gehölze nicht zu vermuten.</p> <p><u>Landschaft:</u> Die vorhandene Siedlungsstruktur wird erweitert und auf die Höhe vorhandener und geplanter Siedlungsflächen des Karmelenbergerwegs und nördlich der Kreisstraße geführt. Die Eingrünung am Siedlungsrand wirkt positiv auf das Siedlungsbild. Fernsichtliche Beziehungen entfaltet das Plangebiet nicht aufgrund der geringfügigen Erweiterung und der Lage innerhalb der Talmulde.</p>	<p>gering</p> <p>mittel</p> <p>mittel</p> <p>gering</p>

2. Standort der Vorhaben		
Die ökologische Empfindlichkeit eines Gebiets, das durch ein Vorhaben möglicherweise beeinträchtigt wird, ist insbesondere hinsichtlich folgender Nutzungs- und Schutzkriterien unter Berücksichtigung der Kumulierung mit anderen Vorhaben in ihrem gemeinsamen Einwirkungsbereich zu beurteilen:		
Kriterium gemäß Anlage 2	Beschreibung / Auswirkung	Bewertung
2.3 Belastbarkeit der Schutzgüter unter besonderer Berücksichtigung folgender Gebiete und von Art und Umfang des ihnen jeweils zugewiesenen Schutzes (Schutzkriterien):		
2.3.1 Natura 2000-Gebiete	Nicht betroffen	--
2.3.2 Naturschutzgebiete	Nicht betroffen	--
2.3.3 Nationalparke und Nationale Naturmonumente	Nicht betroffen	--
2.3.4 Biosphärenreservate, Landschaftsschutzgebiete und Naturparke	Nicht betroffen	--
2.3.5 Naturdenkmäler	Nicht betroffen	--
2.3.6 geschützte Landschaftsbestandteile, einschließlich Alleen	Nicht betroffen	--
2.3.7 gesetzlich geschützte Biotop	Nicht betroffen	--
2.3.8 Wasserschutzgebiete, Heilquellenschutzgebiete, Risikogebiete, Überschwemmungsgebiete, Gewässerrandstreifen	Nicht betroffen	--
2.3.9 Gebiete, in denen die in den Rechtsakten der Europäischen Union festgelegten Umweltqualitätsnormen bereits überschritten sind,	Nicht betroffen	--
2.3.10 Gebiete mit hoher Bevölkerungsdichte, insbesondere Zentrale Orte	Nicht betroffen	--
2.3.11 Kulturdenkmäler Grabungsschutzgebiete sonstige Gebiete, die von der zuständigen Denkmalschutzbehörde als archäologisch bedeutende Landschaften eingestuft worden sind.	Nicht betroffen	--

3. Merkmale der möglichen Auswirkungen		
Die möglichen erheblichen Auswirkungen eines Vorhabens sind anhand der unter den Nummern 1 und 2 aufgeführten Kriterien zu beurteilen; insbesondere ist Folgendem Rechnung zu tragen:		
Kriterium gemäß UVPG, Anlage 2	Beschreibung / Auswirkung	Bewertung / Erheblichkeit
3.1 Ausmaß	Die Auswirkungen des Straßenbaus in einer Größenordnung von ca. 2.400 m ² sind auf die unmittelbare Umgebung beschränkt und werden durch die Bachoffenlegung kompensiert.	Auswirkungen werden nicht als „erheblich“ im Sinne des LUVPG bewertet.
3.2 Grenzüberschreitende Auswirkungen	Ein grenzüberschreitender Charakter der durch die Planung verbleibenden Auswirkungen kann ausgeschlossen werden.	nicht gegeben
3.3 Schwere und Komplexität	Grad und Komplexität der Auswirkungen liegen im üblichen Rahmen vergleichbarer Projekte. Am Standort werden keine im Vergleich zu anderen Flächen zusätzlichen oder besonders gravierenden Auswirkungen verursacht. Die Auswirkungen sind als nicht erheblich zu bewerten.	Veränderungen zur Bestandssituation sind gegeben; die Veränderungen werden als nicht „erheblich“ im Sinne des LUVPG bewertet.
3.4 Wahrscheinlichkeit	Die beschriebenen Auswirkungen sind für derartige Projekte unvermeidbar. Das Plangebiet ist durch die umgebenden Nutzungen jedoch bereits vorbelastet, so dass die Auswirkungen weniger ins Gewicht fallen werden.	vertretbar
3.5 Dauer, Häufigkeit und Reversibilität	Die beschriebenen Auswirkungen sind dauerhaft, jedoch nicht als erheblich einzustufen. Durch den Bau der Straßen wird es im Vergleich zu sonstigen öffentlichen Straßen zu keinen erheblichen Häufigkeiten von potentiell beeinträchtigenden Auswirkungen (Verkehr) kommen.	Vertretbar, nicht „erheblich“ i.S. LUVPG.

Fazit:

Bei dem geplanten Straßenbau handelt es sich um ein Vorhaben, das zu einer Versiegelung und Beseitigung von Biotopstrukturen in einer Größenordnung von ca. 2.406 m² führt. In Verbindung mit der geplanten Ortsrandeingrünung handelt es sich nicht um erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt.

Die Anwendbarkeit des beschleunigten Verfahrens nach § 13b i.V.m. § 13a BauGB ist möglich.

Erstellt:

Der Ortsgemeinderat macht sich das vorstehende Prüfergebnis zu eigen.

Bassenheim, 13.12.2019



Ortsgemeinde Bassenheim

Natalja Kronenberg
Ortsbürgermeisterin

Ausgefertigt:

Die allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls war in der vorliegenden Fassung Bestandteil des Bauleitplanverfahrens, der Abwägung und des Satzungsbeschlusses.

Bassenheim, 21.08.2020



Ortsgemeinde Bassenheim

Natalja Kronenberg
Ortsbürgermeisterin